

Bericht der Sommersession 2016

Entscheide zu Ungunsten des Wissensplatzes Schweiz

In der Sommersession 2016 trafen die eidgenössischen Räte Entscheide, welche die erfolgreiche Entwicklung des Wissensplatzes Schweiz erschweren. Zum einen beschlossen National- und Ständerat, dass die Ratifikation des Kroatien-Protokolls – eine Voraussetzung für die Schweizer Vollassoziierung an Horizon 2020 ab dem Jahr 2017 – nur unter der Bedingung erfolgen kann, dass mit der EU eine Regelung zur Steuerung der Zuwanderung besteht. Zum anderen lehnt es die Mehrheit des Nationalrats ab, die Ausgabenobergrenze für Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020 zu erhöhen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.
Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Nationalrat lehnt Aufstockungen in der BFI-Botschaft 2017-2020 ab

Der Nationalrat entschied mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) über die Finanzierung der Hochschulen und Institutionen der Forschung in den Jahren 2017-2020 (16.025). Die grosse Kammer lehnte sämtliche Anträge der Kommissionen für Aufstockungen sowie für Kürzungen der finanziellen Mittel ab. Sie folgte damit dem Bundesrat, der für die kommenden vier Jahre rund 26

Milliarden Franken in den BFI-Bereich investieren will. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Mittelwachstum von 2%. Für die laufende Periode 2013-2016 wurde noch eine Wachstumsrate von 3,7% beschlossen.

Die Mehrheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) hatte ihrem Rat verschiedene Aufstockungen des Finanzrahmens beantragt. Diese fanden aber im Plenum allesamt keine Mehrheit. Ein Antrag für zusätzliche 300 Millionen Franken im ETH-Bereich wurde mit 99 zu 85 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Mit 94 zu 86 Stimmen bei 5 Enthaltungen scheiterte ein Begehren, die Grundbeiträge für die kantonalen Universitäten um 106 Millionen zu erhöhen. Auch die Anträge für Aufstockungen von 64 Millionen zugunsten der Fachhochschulen (96 zu 82 Stimmen bei 7 Enthaltungen) sowie von 40 Millionen für Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung (89 zu 83 bei 6 Enthaltungen) hatten im Plenum keine Chance. Ein Aufstockungsantrag für zusätzliche 286 Millionen zugunsten der Berufsbildung wurde mit 102 zu 83 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Die zusätzlichen Mittel hätten den BFI-Akteuren ermöglichen sollen, die ehrgeizigen Ziele des Bundesrates (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Erhöhung der Abschlusszahlen in Humanmedizin, Erschliessung neuer Forschungsbereiche und Stärkung der höheren Berufsbildung) ohne Substanzverluste in Angriff zu nehmen.

Neue Gesetze für ETH und Berufsbildung

Neben den Finanzierungskrediten entschied der Nationalrat mit der BFI-Botschaft über verschiedene Gesetzesrevisionen. Die Mehrheit der grossen Kammer stimmte einer Änderung des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz) zu, wonach die Gebühren für ETH-Studierende aus dem Ausland maximal dreimal höher sein dürfen als für Bildungsinländer. Eine Zweckbindung der damit verbundenen Mehreinnahmen für studentische Zwecke lehnte der Nationalrat ab. Der Rat stimmte ausserdem einer Änderung des Berufsbildungsgesetzes zu: Demnach sollen Absolventen von Vorbereitungskursen für eidgenössischen Prüfungen neu finanziell vom Bund unterstützt werden können.

In den Sommermonaten werden sich die vorberatenden Kommissionen des Ständerates mit den Vorlagen befassen. Die kleine Kammer wird in der Herbstsession darüber entscheiden.

 **Protokoll des Nationalrats vom 9. Juni 2016**

Bedingung für die Ratifizierung des Kroatien-Protokolls

National- und Ständerat sprachen sich für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf das neue EU-Mitglied Kroatien aus (**16.028**). Das Parlament stellte jedoch eine Bedingung: Der Bundesrat darf das Kroatien-Protokoll erst ratifizieren, wenn eine Regelung mit der Europäischen Union zur Steuerung der Zuwanderung besteht, die mit der schweizerischen Rechtsordnung vereinbar ist.

Diese Bedingung war eine Forderung des Ständerats, der damit verhindern will, dass der Bundesrat das Kroatien-Protokoll ratifiziert, bevor mit der EU eine Lösung für die Umsetzung von Art. 121a BV (nach Annahme der Initiative gegen Masseneinwanderung) gefunden werden konnte. Der Nationalrat lehnte eine solche Bedingung in mehreren Debatten ab. So kam es in der letzten Sessionswoche zu einer Einigungskonferenz mit Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommissionen beider Räte, die sich für die Version des Ständerates entschied. Der Nationalrat stimmte dem Antrag der Einigungskonferenz schliesslich stillschweigend zu.

Voraussetzung für Beteiligung an Horizon 2020

Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ist eine Voraussetzung für die Vollassoziierung der Schweiz am europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 ab dem 1. Januar 2017. Wird das Kroatien-Protokoll bis spätestens am 9. Februar 2017 ratifiziert, ist die Schweiz automatisch assoziiertes Mitglied von Horizon 2020. Andernfalls wird sie sich nur als ungleichberechtigter Drittstaat beteiligen können. Aufgrund der vom Parlament beschlossenen Zusatzaufgabe muss der Schweizer Forschungsstandort weiterhin um seine zukünftige Beteiligung am weltweit grössten Forschungsprogramm sowie die Vernetzung mit den europäischen Partnern bangen.

- **Protokoll des Ständerats vom 2. Juni 2016**
 - **Protokoll des Nationalrats vom 8. Juni 2016**
 - **Protokoll des Ständerats vom 15. Juni 2016**
 - **Protokoll des Nationalrats vom 16. Juni 2016**
-

Parlament gibt grünes Licht für Innosuisse

Die Mitglieder des Ständerates stimmten mit 39 zu 2 Stimmen dem Gesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (**15.080**) zu. Das Gesetz regelt die Umwandlung der ausserparlamentarischen Kommission für Technologie und Innovation (KTI) in die öffentlich-rechtliche Anstalt Innosuisse. Damit soll die Agentur für Innovationsförderung organisatorisch und finanziell dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gleichgestellt werden.

Der Ständerat folgte weitgehend den Entscheiden des Nationalrats. In zwei Punkten wich die kleine Kammer jedoch vom Erstrat ab und stimmte für die ursprüngliche Version des Bundesrates. So sollen die Mitglieder des Innovationsrates nur einmal und nicht zweimal wiedergewählt werden dürfen. Die Reserven der Agentur für Innovationsförderung sollen ausserdem maximal 10% des jährlichen Budgets betragen dürfen. Die grosse Kammer wollte diesen Wert im März 2016 noch auf 15% erhöhen. Der Nationalrat räumte diese beiden Differenzen zum Ständerat stillschweigend aus, womit das Gesetz verabschiedet ist.

 **Protokoll des Ständerats vom 6. Juni 2016**

 **Protokoll des Nationalrats vom 8. Juni 2016**

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ...

 ... im National- und Ständerat den Nachtrag I zum laufenden Budget für das Jahr 2016 (**16.007**) genehmigt. Die beiden Räte stimmten 22 Nachtragskrediten in der Höhe von insgesamt 397 Millionen Franken zu. Darin enthalten ist auch ein Kredit von 15,8 Millionen Franken für die Kommission für Technologie und Innovation (KTI).

 ... im Nationalrat dem Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe (**15.077**) mit 181 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Dabei sprach sich die grosse Kammer gegen eine gesetzliche Regelung der Masterstudiengänge im Bereich der Pflege aus. Sie folgt damit dem Ständerat, der bereits in der Frühjahrsession 2016 so entschieden hatte.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTETE VORTÖSSE

Handlungsfähigkeit von Parlament und Bundesrat sichern. Artikel 121a der Bundesverfassung umsetzen. Schubert-Praxis erhalten

- Interpellation (16.3043) von Nationalrat Hans-Ueli Vogt (SVP).
Eingereicht am 2. März 2016.
Der Bundesrat hat am 11. Mai 2016 darauf geantwortet.
-

Subjektfinanzierung in der höheren Berufsbildung wirft Fragen auf

- Interpellation (16.3072) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 10. März 2016.
Der Bundesrat hat am 4. Mai 2016 darauf geantwortet.
-

Open Hardware, Open Software, Open Source, Open Data

- Motion (16.3119) von Nationalrat Corrado Pardini (SP).
Eingereicht am 16. März 2016.
Der Bundesrat hat am 11. Mai 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Die KMU retten und stärken. Mit dem Innovationsbon und weiteren konkreten Instrumenten

- Motion (16.3120) von Nationalrat Corrado Pardini (SP).
Eingereicht am 16. März 2016.
Der Bundesrat hat am 4. Mai 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Initiative «gegen Masseneinwanderung»: Welche Risiken bestehen für die Schweizer Bildungs- und Forschungslandschaft?

- Interpellation (16.3139) von Nationalrat Manuel Tornare (SP).
Eingereicht am 17. März 2016.
Der Bundesrat hat am 4. Mai 2016 darauf geantwortet.
-

Schaffung einer eidgenössischen Akkreditierung von höheren Fachschulen

- Postulat (16.3178) von Nationalrat Gerhard Pfister (CVP).
Eingereicht am 17. März 2016.
Der Bundesrat hat am 4. Mai 2016 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Digitalisierung und informatische Bildung. Gemeinsame Weiterentwicklung des digitalen Bildungsraums

- Motion (16.3184) von Nationalrat Jonas Fricker (GPS).
Eingereicht am 17. März 2016.
Der Bundesrat hat am 4. Mai 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Keine Bundessubventionen mehr für höhere Berufsschulen?

- Interpellation (16.3204) von Nationalrat Jean-François Steiert (SP).
Eingereicht am 18. März 2016.
Der Bundesrat hat am 4. Mai 2016 darauf geantwortet.
-

Stärkung unserer KMU durch die Schaffung von Anreizen zur Internationalisierung

- Postulat (16.3262) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 18. März 2016.
Der Bundesrat hat am 4. Mai 2016 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Kosten und Nutzen der Freisetzungsversuche von GVO-Pflanzen

- Anfrage (16.1011) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 18. März 2016.
Der Bundesrat hat am 18. Mai 2016 darauf geantwortet.
-

Praktikumsplätze in privaten Praxen und ausserklinischen Bereichen

- Motion (16.3264) der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit.
Eingereicht am 6. April 2016.
Der Bundesrat hat am 3. Juni 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Sponsoringvereinbarungen an den Schweizer Hochschulen. Die Schweizerische Hochschulkonferenz soll Regeln festlegen

- Interpellation (16.3270) von Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP).
Eingereicht am 25. April 2016.
Der Bundesrat hat am 10. Juni 2016 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Medizinische Daten: Im Rahmen der Revision des Datenschutzgesetzes sicherstellen, dass Sammlung geschützt, transparent und zielgerichtet erfolgt

- Postulat (16.3384) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 6. Juni 2016.
-

Wie nötig, effizient und kompetitiv ist die Schweizer Agrarforschung?

- Interpellation (16.3405) von Nationalrätin Sandra Sollberger (SVP).
Eingereicht am 8. Juni 2016.
-

Einfachere Zulassung von Flüchtlingen an Schweizer Hochschulen

- Motion (16.3406) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 8. Juni 2016.
-

Innovationsförderung für Schweizer KMU statt internationale Grosskonzerne

- Motion (16.3426) von Ständerat Thomas Minder (parteilos).
Eingereicht am 13. Juni 2016.
-

Teuerung nur ausgleichen, wenn es eine Teuerung gibt

- Motion (16.3451) der FDP-Fraktion.
Eingereicht am 15. Juni 2016.
-

Abschaffung des zweiten Lehrstuhls für moderne französische Literatur an der Universität Zürich

- Interpellation (16.3456) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 15. Juni 2016.
-

Studienerfolg erheben, Qualität sichern

- Motion (16.3473) von Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
-

Effizienz- und Qualitätsgewinn im Schweizer Bildungswesen

- Postulat (16.3474) von Nationalrat Thomas de Courten (SVP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
-

Welche Konsequenzen hatte die Abstimmung über die Zuwanderung für Erasmus?

- Interpellation (16.3477) von Nationalrätin Alice Glauser-Zufferey (SVP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
-

Auswirkungen der Akademisierung der Pflegeberufe

- Postulat (16.3500) von Nationalrätin Verena Herzog (SVP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
-

Weiterentwicklung der ETH-Zürich in Gefahr?

- Interpellation (16.3510) von Nationalrätin Regine Sauter (FDP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
-

Sponsoring von Lehrstühlen an Hochschulen für Tierversuche und Ersatzmethoden

- Anfrage (16.1030) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
-

Welche Zukunft für Agroscope?

- Interpellation (16.3492) von Ständerätin Géraldine Savary (SP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
-

Angeblicher Rückfluss bei EU-Forschungsrahmenprogrammen

- Interpellation (16.3553) von Nationalrat Felix Müri (SVP).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
-

Einseitige Fachtagung der ETH unter dem Titel Dialog zu den neuen Gentech-Pflanzenzüchtungsmethoden

- Interpellation (16.3593) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
-

Beteiligung unserer Hochschulen an Konzeption und Evaluation bestimmter Politikbereiche

- Interpellation (16.3602) von Nationalrat Claude Bégélé (CVP).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
-

Den Begriff Start-up definieren, um diese besser zu unterstützen

- Postulat (16.3615) von Nationalrat Claude Bégélé (CVP).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
-

Mit Start-up-Visa die besten Talente in die Schweiz bringen

- Interpellation (16.3618) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
-

Migrationspolitik, um kluge Köpfe in die Schweiz zu ziehen

- Postulat (16.3619) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 17. Juni 2016.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

20. Juni 2016
